



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
am 7. November 2017
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Aglaja Beyes (L&P)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten 31/17, 37/17 und 40/17.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Entschuldigt:

Stv. Kisseler

Stv. Winkelmann vertritt Stv. Rutten

Stv. Wagner vertritt Stv. Güler

Stv. Denzer ab 17.10 Uhr

Stv. Schwarzer ab 17.20 Uhr

Stv. Maritzen bis 18.25 Uhr

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

Tagesordnung

0071 Tagesordnung

1. Die Punkte 2 und 6 werden gemeinsam beraten.
2. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Einstimmig

0072 Genehmigung der Niederschrift vom 05.09.2017

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 05.09.2017 wird genehmigt.

Enth. Stv. Wernergold

Die Punkte 2 und 6 werden gemeinsam beraten (BP 0073 und 0074).

0073 17-F-21-0088

Freies WLAN an öffentlichen Plätzen
- gem. Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 12.09.2017 -

Stv. Dr. Wittkowski begründet den Antrag.

Es wird diskutiert, ob es Sinn macht, Bereiche für freies WLAN festzulegen.

Stv. Nickel schlägt vor, darauf hinzuweisen, dass das gesamte Stadtgebiet letztlich Ziel für flächendeckendes WLAN sein soll. Die jetzige Aufzählung bezeichnet Bereiche, die zunächst angegangen werden sollen.

Stv. Winkelmann erklärt, dass die Kooperation zwar einen Antrag stellt, aber die finanzielle Umsetzung nicht geklärt ist.

Stv. Denzer regt an, den Antrag zu beschließen und ihn gleichzeitig an den Haupt- und Finanzausschuss für die anstehenden Haushaltsberatungen weiterzuleiten.

Nach eingehender Diskussion ergeht folgender Beschluss, der dem Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses zu den Sondersitzungen Haushalt zugeleitet wird:

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der gem. Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 12.09.2017 betr.

Freies WLAN an öffentlichen Plätzen

wird ergänzt in folgender Form angenommen und zusätzlich an den Haupt- und Finanzausschuss für die Beratungen des Haushaltes 2018/2019 zugeleitet:

- I. Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik bekräftigt, dass als langfristiges Ziel die Versorgung des gesamten Stadtgebietes mit WLAN geplant ist.*
- II. Der Magistrat wird gebeten,*
 - 1. zunächst unter anderem an den nachfolgenden Standorten kostenlos zu nutzende WLAN-Zugänge zur Verfügung zu stellen:*
 - a) Kranzplatz*
 - b) Mauritiusplatz, Fußgängerzone entlang der Langgasse*
 - c) Platz der Deutschen Einheit*
 - d) Bowling Green*
 - e) Warmer Damm*
 - f) Kurhaus & Kurpark*
 - g) Platz zwischen Museum Wiesbaden und RheinMain CongressCenter*
 - h) Reisinger Anlagen*
 - i) Wiesbaden Hauptbahnhof*
 - j) Kulturzentrum Schlachthof*
 - 2. dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik in seiner kommenden Sitzung die zugesagte Machbarkeitsstudie und Kostenkalkulation vorzulegen (Beschlusspunkt 2.1 der SV 16-V-20-0068).*
 - 3. zu berichten, welche Wünsche von Seiten der Ortsbeiräte oder anderen Dritten in Folge der Weiterleitung der SV artikuliert wurden (Beschlusspunkt 2.4 der SV 16-V-20-0068).*
 - 4. zu prüfen, ob an den unter Beschlusspunkt 1 genannten Standorten ein Zugang auch mit Hilfe einer Eduroam Benutzererkennung (www.eduroam.org) möglich ist.*
 - Geänderter Antrag einstimmig angenommen
 - Zusätzliche Überweisung an Haupt- und Finanzausschuss bei Enth. Grüne und FDP angenommen

0074 17-J-00-0006

Freies WLAN in Wiesbaden
- Antrag des Jugendparlaments vom 27.06.2017 -

Herr Gottwald begründet den Antrag.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 7. November 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Vorschlag, den Antrag des Jugendparlaments mit in den Antrag der Kooperation einzubeziehen, wird nicht umgesetzt.

Der Antrag bleibt eigenständig und wird wie folgt abgestimmt.

Einstimmig

0075 17-F-33-0008

Wiesbadener Sehenswürdigkeiten digital erfahren
- gem. Antrag von SPD und CDU vom 05.10.2017 -

Stv. Dr. Wittkowski begründet den Antrag.

Stv. Wernergold schlägt vor, die gängigen Google Maps-Dienste zu überprüfen, ob die Sehenswürdigkeiten dort nicht auch aufgeführt sind.

Dies beleuchtet nach Auffassung des Ausschusses allerdings einen völlig anderen Ansatz und sollte als eigener Antrag eingebracht werden.

Der gem. Antrag von SPD und CDU wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0076 17-F-33-0009

Zentrales Bürgerportal
- gem. Antrag von SPD und CDU vom 10.10.2017 -

Stv. Denzer begründet den Antrag.

Frau Rubbel (Ordnungsamt) beantwortet die im Antrag gestellten Fragen.

Der Antrag hat nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktionen durch die in der Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Der Magistrat wird aber gebeten, nach 6 Monaten über den Stand des Verfahrens mündlich zu berichten.

0077 17-F-08-0059

Sicherheitslücke bei WLAN
- Antrag der Fraktion L&P vom 01.11.2017 -

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 7. November 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Sobek begründet den Antrag.

Herr Kremer (20 - ITM) nimmt zu den Fragen Stellung.

Der Antrag hat nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

0078 17-F-10-0021

Angebot zur automatischen Benachrichtigung vor Ablauf der Gültigkeit des Personalausweises und Reisepasses auf freiwilliger Basis
- Antrag der AfD vom 30.08.2017 -

Frau Paul und Frau Clauss (Ordnungsamt) sind für Rückfragen zum Antrag, der in der September-Sitzung erstmals beraten wurde, im Ausschuss anwesend.

Alle Fragen können geklärt werden.

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion ist der Antrag durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache erledigt.

0079 17-F-05-0010

Den Wissensschatz der Bürgerinnen und Bürger heben - E-Partizipation ermöglichen
- Antrag der FDP-Fraktion 22.03.2017 -

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0080 16-F-03-0124

Anreize für umwelt- und stadtverträgliche Mobilität für Neubürgerinnen und Neubürger
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2016 -

Es liegt ein schriftlicher Bericht zu Teil II des Antrages vor. Teil I scheint noch nicht erledigt zu sein. Dies könnte nur die Antrag stellende Fraktion klären, die zu dem Zeitpunkt nicht mehr vertreten ist.

Der Bericht zu Teil II wird zur Kenntnis genommen.

Der Punkt kommt in der Sitzung des Ausschusses am 12.12.2017 erneut zum Aufruf.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0081 16-A-56-0002

Berichterstattung Stabsstelle Bürgerbeteiligung

Frau Rösler berichtet u. a. zur Online-Plattform, die bis Ende 2017 freigeschaltet werden soll.

Es entsteht eine angeregte Diskussion darüber, ob Bürger Anträge stellen dürfen, die ohne Prüfung direkt ins Stadtparlament laufen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der Bericht von Frau Rösler (Stabsstelle Bürgerbeteiligung) wird zur Kenntnis genommen.*
- 2. Der Ausschuss bittet den Magistrat, alle Initiativanträge von Bürgerinnen und Bürgern mit den Stellungnahmen der Fachbereiche und der Stabsstelle für Bürgerbeteiligung dem Ausschuss vorzulegen, bevor diese in den weiteren Verfahrensgang gehen.*

Einstimmig

0082 17-V-20-0029

Investitionscontrolling 2. Quartal 2017

Protokollerklärung L&P:

Die SV gibt den Stand 30.6. wieder. Mittlerweile könnte der Stand 30.9. (3. Quartal) vorliegen. Bei wenigen Nachfragen, die Schulen betrafen, wurde erkennbar, dass die Daten z. T. veraltet sind und geplante Termine verschoben wurden.

Enth. L&P

0083 17-V-30-0010

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsbezirk Wiesbaden VII (Wiesbaden-Sonnenberg/Rambach)

Einstimmig

0084 Verschiedenes

1. Auf Nachfrage von Stv. Winkelmann Stand der Beantwortung der Anträge zu Livestream wird der Ausschuss darüber informiert, dass der Hess. Städtetag aktuelle alle dort organisierten Kommunen um einen Erfahrungsbericht gebeten hat. Sobald dieser vorliegt, wird das Thema mit allen Berichten der Fachbereiche im Ausschuss aufgerufen.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 7. November 2017

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

2. Stv. Apel unterrichtet den Ausschuss über die Veranstaltung zur Pogromnacht am 09.11.2017.

Anlagen

Wiesbaden, .11.2017

Vorsitzende

Schriftführerin

Beyes

Koba